



Auf ein Wort

Die Eurokrise hält Europa in Atem. Daran ändern die jüngsten EU-Beschlüsse nichts - im Gegenteil. Merkel hat sich mit ihrer Forderung nach europaweiten Schuldenbremsen durchgesetzt. Die Krise soll durch massives Sparen gelöst werden.

Damit verkennt die Kanzlerin die Zeichen der Zeit. Ursächlich für die Krise sind nicht Staaten, die über ihre „Verhältnisse gelebt haben“. Die Staatsverschuldung stieg in den letzten Jahren massiv an, weil die Staaten im Zuge der Lehman-Pleite die Banken mit Milliarden retten mussten.

Die verordnete Sparpolitik ist ökonomischer Selbstmord. Die Eurozone befindet sich bereits jetzt in der Rezession - auch für Deutschland weisen die Indikatoren auf einen Abschwung im nächsten Jahr. Die Brüsseler Beschlüsse wirken wie ein Krisenbeschleuniger. Macht Merkel in Europa so weiter, wird sie als „Rezessionskanzlerin“ in die Geschichtsbücher eingehen.

Euer

SCHWERPUNKT Eurokrise - kein Ende in Sicht

Die Eurokrise hat Europa fest im Griff - um die anstehenden Herausforderungen zu erahnen, brauchen wir nur einen Blick auf die Länder werfen, die sich dem Diktat von IWF und EU unterwerfen mussten.

Wer Athen in diesen Tagen besucht, der erlebt eine Stadt in Aufruhr. Die Menschen müssen mit gekürzten Löhnen und Renten die durch Steuererhöhungen drastisch gestiegenen Preise bezahlen. 200.000 Gewerbetreibende wurden in den Ruin getrieben. Die Arbeitslosen werden in Angst und Schrecken versetzt, weil sie nach einem Jahr Arbeitslosigkeit ihre Krankenversicherung verlieren. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich auf 43,5 Prozent erhöht.

Mit dieser Politik wird das gesamte europäische Sozialstaatsmodell in Frage gestellt. In Italien und Griechenland haben inzwischen Banker die Regierungsgeschäfte übernommen, die niemals zur Wahl standen.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass Demokratie und Finanzmarktkapitalismus nicht miteinander vereinbar sind. In den nächsten Monaten wird es deshalb um nicht weniger als die Verteidigung des europäischen Sozialstaats-



modells und der Demokratie gehen.

Wenn es im Rahmen des Eurorettungsschirms zu Belastungen des Bundeshaushalts in Milliardenhöhe kommt, steht auch in der Bundesrepublik eine neue Welle der Sozialkürzungen bevor.

Wir werden dem drohenden Kahlschlag sozialer und demokratischer Rechte entschieden entgegen treten. Auf die Ängste der Menschen um ihre Löhne, ihre Renten und ihr Ersparnis müssen wir Vorschläge für elementare Fragen der sozialen Sicherheit machen.

Die Bundesregierung lässt zu, dass die Banken den Staat privatisieren, indem die Steuereinnahmen auf Jahre hinaus für die Gewinne der Banken verpfändet sind. Um dem Treiben der Finanzmärkte ein Ende zu setzen, fordert DIE LINKE eine öf-

fentlich-rechtliche Neuordnung des Bankenwesens und eine Entkopplung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten. Die Praxis, dass Banken Staaten mit Wucherzinsen abwürgen, muss unterbunden werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der das, was erwirtschaftet wird, allen zugute kommt - eine Gesellschaft, die ihre sozialen und demokratischen Grundprinzipien nicht der Diktatur der Finanzmärkte unterwirft. ◀

Der komplette Artikel ist [hier](#).

KRITIK AN RENTE AB 67
BANKENAKTION IN PASSAU
NPD VERBIETEN

INTERNATIONAL Lateinamerika-Tour

Parteiprogramm per Mitgliederentscheid bestätigt

Zwischen dem 17. November und dem 15. Dezember 2011 hat DIE LINKE einen Mitgliederentscheid über das in Erfurt beschlossene Programm der LINKEN durchgeführt. Bei einer Beteiligung von 48,86 Prozent stimmten 95,81 Prozent mit „Ja“. Damit ist das Erfurter Programm der LINKEN durch einen Mitgliederentscheid mit hervorragendem Ergebnis beschlossen.

Klaus Ernst: Verbot von Spenden an Unternehmen

Nach Bekannt werden einer Spende des Waffenherstellers Heckler & Koch an die FDP fordert Klaus Ernst ein Verbot von Parteispenden durch Unternehmen und Verbände. Eine der Spenden ging ausgerechnet an den FDP Kreisverband, dem Ernst Burgbacher angehört, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, welches für die Genehmigung von Rüstungsexporten verantwortlich ist. Das Auftreten der FDP wird immer mehr zur Belastung für die Demokratie, erklärte Ernst. „Die Bürger bekommen zu Recht den Eindruck, dass man bei der FDP für Geld alles kaufen kann. Das ist fatal und beschädigt das Vertrauen in alle Parteien.“ Auch die CDU hat in der vergangenen Dekade acht Spenden von Heckler & Koch erhalten.

Politischer Jahresauftakt in Passau

Am 25. Januar kommt Klaus Ernst zum Informationsgespräch mit Vertretern von Gewerkschaften und Sozialverbänden nach Passau. Am Abend laden DIE LINKE Passau und Klaus Ernst alle interessierten Bürgerinnen

Um sich über die Auswirkungen der Finanzkrise sowie Erfolge und Erfahrungen linker Regierungen zu informieren, besuchte Klaus Ernst in Argentinien, Uruguay und Brasilien Parteien und Gewerkschaften.

5. Dez, Buenos Aires:

Die argentinische Finanzkrise stand im Mittelpunkt des Gespräches mit Humberto Tumini, Ökonom und Generalsekretär der Bewegung Libres del Sur. Tumini betonte, dass die Ursachen in der neoliberalen Politik lagen: Privatisierungen, geringe Besteuerung großer Unternehmen und starke Exportorientierung in wenigen Sektoren.

6. Dez, Montevideo: mit Kollegen des Gewerkschaftsdachverbandes PIT-CNT diskutiert Klaus Ernst Erfolge der linken Regierung in Uruguay. Mit ihrer Politik zur Stärkung



Im Gespräch mit der Frente Amplio, Regierungspartei in Uruguay.

der Beschäftigten und der Wiederbelebung sogenannter Lohnräte, half die Frente Amplio Armut und Arbeitslosigkeit zu senken und die Löhne in wenigen Jahren um ca. 30 % anzuheben. Das hilft auch den Gewerkschaften: von 2002 bis heute konnte die PIT-CNT ihre Mitgliedszahlen fast verdreifachen.

7. Dez, Sao Paulo: im Mercedes-Werk in Sao Bernar-

do do Campo trifft sich Klaus Ernst mit Aroaldo Oliveira da Silva, der auch Mitglied im Konzern-Betriebsrat von DaimlerBenz ist, sowie dem Vorsitzenden der regionalen Metallgewerkschaft. Mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 85 % und dem ersten Betriebsrat in Brasilien haben die Beschäftigten von Mercedes Geschichte geschrieben. ◀

RENTE Es ist fünf vor zwölf

Bereits ab Januar 2012 werden die ersten Menschen durch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 mit zusätzlichen Abschlägen bestraft, wenn sie früher in Rente gehen.

Dass die Rente ab 67 sozial- und arbeitsmarktpolitisch unverantwortlich ist, belegt erneut auf eindrucksvolle Weise die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der LINKEN „Rente erst ab 67 – Risiken für jung und alt“. Entgegen dem allgemeinen Trend ist die Lebenserwartung von langjährig ren-

tenversicherten Männern mit geringem Einkommen in West und Ost zwischen eineinhalb und zwei Jahren gesunken. Trotzdem argumentiert die Bundesregierung, die Rente ab 67 sei schon allein deshalb notwendig, weil in den vergangenen Jahren die Lebenserwartung gestiegen sei.

Gleichzeitig sind nicht einmal zehn Prozent der 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig Vollzeit beschäftigt. Während immer mehr Rentnerinnen und Rentner mit Abschlägen in Rente gehen, pro-

fitieren die Beschäftigten überhaupt nicht der Rente ab 67. Tatsächlich wird innerhalb von 20 Jahren der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung lediglich um 0,5 Prozent sinken. Bei einem Durchschnittsverdiener sind dies gerade einmal gut sechs Euro pro Monat. Damit ist klar: Die Rente ab 67 dient lediglich dem Ziel, die Unternehmens- und Aktiengewinne in die Höhe zu treiben. Für die Menschen bleibt real immer weniger übrig. Die Rente ab 67 ist deshalb werden gesellschaftlich noch wirtschaftlich vernünftig. ◀

ANTIFASCHISMUS Solidarität, Aufklärung, Handeln

Die erweiterte Führung der LINKEN hat bei ihrem jährlichen Treffen in Elgersburg folgende Erklärung verabschiedet, die hier in Auszügen dokumentiert ist.

Neofaschismus und rechte Gewalt sind substantielle Gefahren für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben in unserem Land. DIE LINKE unterstützt alle, die sich der Gefahr von rechts entgegenstellen. Jede Kriminalisierung von friedlichen Protestformen gegen Nazi-

Aufmärsche ist deshalb ein Bärendienst für die demokratische Kultur. Wir wollen einen generellen Verfolgungs-Stopp für Proteste gegen rechts.

Das Versagen der Sicherheits-, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden hat viele bestürzt. Wir fordern von den Verantwortlichen, dass sie Aufklärung leisten und alle Verschleierungsversuche unterbinden. Der Prozess der Aufklärung muss öffentlich sein. Wir sind deshalb für die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag und fordern Union, SPD und FDP auf, ihren Widerstand gegen einen solchen Ausschuss aufzugeben. Die Programme gegen Rechtsextremismus müssen aufgestockt, dauerhaft abgesichert und zivilgesellschaftlich veran-

kert werden. Zudem muss die unsinnige und schädliche Extremismusklausel gestrichen werden.

Die NPD treibt seit Jahrzehnten ihr Unwesen als legaler Arm der braunen Zellen. Dort wird der geistige Nährboden für die rechte Gewalt gepflegt. An einem Verbot der NPD führt kein Weg vorbei. Wir wollen, dass dieses Verbot unverzüglich kommt. Wir erwarten von den Verantwortlichen, dass sie schnell die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Verbotverfahren schaffen, an erster Stelle durch die sofortige Abschaltung der V-Leute aus der NPD. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Staat Neonazi-Strukturen mit Steuergeldern finanziert. ◀

Die vollständige Erklärung gibt es **hier**.



BAYERN Bankenaktionen in Passau

Seit Oktober steht das Wahlkreisbüro von Klaus Ernst als Forum für alle offen, die das Diktat der Finanzmärkte nicht mehr hinnehmen wollen. Immer montags ab 19 Uhr können die Passauerinnen und Passauer im 14-tägigen Rhythmus hier miteinander über ihre Ideen zur Bewältigung der Krise und für mehr Demokratie diskutieren.

DIE LINKE Passau beteiligt sich mit eigenen Aktionen an den Bankenprotesten. Mit der Aktion „Panzerknacker“ zeigten wir auf, wie die Regierungen Schröder und Merkel die Finanzmärkte entfesselten und durch ihr Sozial- und Lohndumping der letzten Jahre auch realwirtschaftlich die Krise in Europa voran trieben. In zahlrei-

chen Gesprächen betonten die Bürgerinnen und Bürger, sie hätten das Gefühl die Bundesregierung rette vor allem Banken und Vermögende, anstatt den betroffenen Ländern und den „kleinen Mann“ zu unterstützen. Ob Jugendliche, Beschäftigte oder Rentner/innen der Konsens ist: die Profiteure der Krise müssen endlich zur Kasse gebeten werden. Außerdem müssen die Finanzmärkte endlich in die Schranken verwiesen werden.

An den Info-tischen unterstützte DIE LINKE gezielt die Attac-Aktion „Bankenwechsel“ um die Menschen über die Ge-

schäftsmodelle zahlreicher Banken, wie z.B. der Deutschen Bank und der von ihr gekauften Postbank zu informieren. Wer z.B. nicht damit einverstanden ist, dass seine „Hausbank“ durch den Handel mit Agrar-Rohstoffen und Lebensmitteln Geld verdient und so den Hunger auf der Welt verschärft, sollte in Betracht ziehen die Bank zu wechseln. ◀



und Bürger um 19 Uhr in die Peschl Terrasse (Roßtränke 4, 94032 Passau) ein. Themen der Diskussionsveranstaltung werden die Eurokrise und die Perspektiven für gute Arbeit und linke Sozialpolitik in 2012 sein.

Geringverdiener sterben früher

Tendenziell werden die Menschen in Deutschland immer älter. Nicht jedoch Geringverdiener: deren Lebenserwartung geht deutlich zurück. Zu diesem Ergebnis kommt eine Anfrage der Linksfraktion an die Bundesregierung. Beschäftigte mit geringem Einkommen wurden 2001 durchschnittlich 77,5 Jahre alt, im Jahr 2010 lag die Lebenserwartung nur noch bei 75,5 Jahren. In den neuen Bundesländern sank die Lebenserwartung im selben Zeitraum von 77,9 auf 74,1 Jahre. Eines der zentralen Motive für die Rente erst ab 67 - die angebliche Verlängerung des Rentenbezugs durch zunehmende Lebenserwartung - ist damit vom Tisch. Die Rente erst ab 67 bleibt damit ein einziges Rentenkürzungsprogramm.

Naziaufmarsch in Dresden auch 2012 verhindern

In den vergangenen Jahren ist einem breiten Bündnis gelungen, was viele für unmöglich hielten: Naziaufmärsche in Dresden wurden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen. Auch im dritten Jahr werden DIE LINKE und Klaus Ernst das Aktionsbündnis „Dresden Nazifrei“ unterstützen und den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Wir werden uns gemeinsam aktiv auf die Straße setzen, um Europas ehemals größten Naziaufmarsch erneut zu stoppen. Wir wenden uns gegen Faschismus und Geschichtsrevisionismus auf Dresdens Straßen und überall.



Klaus Ernst vor Ort:

**13. / 14. Januar
Berlin, ab 15 Uhr**

Klausur der LINKEN Bundestagsfraktion

**15. Januar:
Berlin, ab 14 Uhr**

„GegenBANKENmacht“! Europäischer Kulturtreff und Fest der Musik in der Berliner Volksbühne. Die Partei der Europäischen Linken (EL) und die Partei DIE LINKE haben die Volksbühne gemietet (Rosa-Luxemburg-Platz). Es werden Getränke und Imbiss im Foyer bereitgehalten für die, die sich stärken wollen für das, was alles noch kommt an diesem Tag: Um 15 Uhr beginnt eine politisch-künstlerische Veranstaltung, an der Oskar Lafontaine, Pierre Laurent, der Vorsitzende der EL und der Französischen Kommunistischen Partei, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst sprechen.

**16. Januar
Berlin, ab 11 Uhr**

Politischer Jahresauftakt von Bundestagsfraktion und Partei im Kino „Kosmos“.

**25. Januar
Passau, ab 16 Uhr**

Öffentliche Veranstaltung mit Klaus Ernst zur Rentenpolitik und Altersarmut in Passau. Alle Interessierten

sind herzlich zu der Veranstaltung eingeladen. Nähere Informationen werden zeitnah im Internet veröffentlicht.

**21. / 22. Januar
Berlin, ab 11 Uhr**

Als Parteivorsitzender leitet Klaus Ernst unter anderem den Parteivorstand. Auf der Parteivorstandssitzung stehen u.a. die Themen Mieten und Kultur auf der Tagesordnung.

**27. Januar
Wiesbaden, ab 17 Uhr**

Neujahrsempfang der hessischen Landtagsfraktion der LINKEN in Wiesbaden mit Klaus Ernst.

**30. Januar, Telefonische
Sprechstunde, 11.00 Uhr**

Der Parteivorsitzende Klaus Ernst lädt alle Genossinnen und Genossen, die nicht persönlich nach Berlin kommen können, zu regelmäßigen telefonischen Sprechstunden ein. Anmeldung erbeten unter romana.dietzold@die-linke.de oder 030 24009411.

**31. Januar,
Pirmasens & Kusel (RLP)
ab 18 Uhr**

Klaus Ernst ist Gast in Rheinland-Pfalz und nimmt an den Neujahrsempfängen der LINKEN in Pirmasens und Kusel teil.

NEUES IM INTERNET:

Presse, Reden, Parlamentarisches

In seiner **Rede** im Deutschen Bundestag machte Klaus Ernst deutlich, dass die Rente erst ab 67 eine ganz brutale Rentenkürzung ist. In Deutschland, so Ernst, bekomme man mit 65 eher das Bundesverdienstkreuz als einen Arbeitsplatz.

Resolution des Parteivorstands: Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer der neofaschistischen Morde, und wir bedauern es zutiefst, dass sie erst jetzt Gewissheit bekommen, wer ihre Angehörigen ermordet hat.

Rede und Video: In einer aktuellen Stunde zur **Einführung eines Mindestlohns** machte Klaus Ernst deutlich, dass die Regierung den Bürgerinnen und Bürgern weiter einen Lohn verweigert, von dem sie leben können.

Rede und Video: In seiner Rede zum **Bundshaushalt 2012** machte Klaus Ernst deutlich, dass Deutschland und Europa dringend einen Politikwechsel gegen die Eurokrise brauchen.

Artikel: „Merkel ist die gefährlichste Frau Europas“ Um sich direkt über die Auswirkungen der Sparauflagen auf die Bevölkerung zu informieren sowie mit den Protesten zu solidarisieren, traf sich Klaus Ernst in Athen mit Vertreter/innen der EL-Partei Synaspismos sowie Gewerkschafter/innen.

Kolumne: „Was heißt hier Mindestlohn?“ Kolumne von Klaus Ernst zur Debatte um einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

Podcast: Auf Deutschland rollt eine Welle der Altersarmut zu. Klaus Ernst im 60-Sek-Videostatement.

Aktuelles gibt es bei:

YouTube

facebook

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst@wk.bundestag.de
Passau: 0851 - 22 85 059, Klaus.Ernst@wk2.bundestag.de
Parteibüro Berlin: 030 - 24 00 95 30, Klaus.Ernst@die-linke.de

Internet

www.Klaus-Ernst-MdB.de

Klaus Ernst
aktuell

erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.